



in der Kirche e.V. Berlin

INFO. 45

Januar 2004

Inhalt

Gruß und Wunsch.....	2.3.
Gastfreundschaft statt Fremdenfeindlichkeit.....	4.5.
Fremde unter uns – Kirchenasyl: Schutz und Hilfe.....	6.7.
Härtefallberatung von PAX CHRISTI aufgegeben	
Pressemitteilung.....	8.
Interview mit Traudl Vorbrodt.....	9.10.
Flughafensozialdienst aufgegeben.....	11.
Die Kopfnuss: Asylbetrug? Mundraub? Überlebenschance?.....	15.
"Name. Hier. Sohn da unterschreiben".....	16.17.
Impressum, Termine.....	20.



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Nach mehr als einem Jahr halten Sie wieder ein INFO unseres Vereins in Ihren Händen. Unser Schweigen hat Gründe. Nicht etwa, dass wir Ihnen in der vergangenen Zeit nichts mitzuteilen hatten. Eher trifft das Gegenteil zu.

Aber wo man hinschaut setzt der Mammon die Akzente und schwingt sich auf, über Inhalte zu herrschen, so auch bei uns.

So wird denn auch dieses INFO Portokosten von mehr als 500 € verursachen und viel Arbeitszeit in Anspruch nehmen.

Nicht zuletzt wurden durch die Herstellung vergangener INFO's auch Kräfte der daran Beteiligten anderen Arbeiten entzogen. Das alles und mehr hat uns in den letzten Monaten gehindert.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Kenntnis vielleicht geeignet ist, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen, an die man sich schon gewöhnt hat. Das neue Jahr wird uns leider viele derartiger Beispiele liefern.

Durch einen finanziellen Kraftakt ohnegleichen – den vielen Spendern und Gemeinden sei schon an dieser Stelle dafür gedankt – können die Aktivitäten des Vereins wohl auch im nächsten Jahr fortgeführt werden. Das ermöglicht Ihnen dann auch, dass Sie dies alles überhaupt jetzt lesen können.

Wir haben dem INFO eine Dokumentation der Veranstaltung zum 20.Todestages von Cemal K. Altun beigelegt.

Herr Altun sollte trotz politischer Verfolgung in seiner türkischen Heimat wieder dorthin ausgeliefert - abgeschoben - werden. Jetzt ein alltäglicher Vorgang!

Um der Hoffnungslosigkeit seines Daseins zu entgehen sprang der damals erst 23-jährige 1983 aus dem Gebäude des Berliner Verwaltungsgerichts.

Diese Tat hatte Menschen in Berlin und bundesweit erstmals vor Augen geführt, welche schlimmen Folgen verantwortungsloser Umgang mit Flüchtlingen durch Politik und Justiz nach sich ziehen.

Ich empfehle Ihnen diese schmerzliche Lektüre. Schildert sie doch auch das Fiasko eines fehlenden „Platzes in der Herberge“.

Auch aus anderen Gründen kann es wichtig sein, sich noch einmal mit diesem Schicksal zu beschäftigen. Wie sehr haben wir uns schon an ähnliche Schicksale gewöhnt?

So bleibt also zu wünschen, dass es im neuen Jahr wieder mehr „Herbergsplätze“ gibt, aus denen die Platzsuchenden nicht noch vertrieben werden.

Ihnen allen wünsche ich, dass Sie in diesem Jahr gesund bleiben oder wieder werden, dass Sie liebe Menschen umsich haben und Ihnen Kraft bleibt, an der Gerechtigkeit in dieser Welt mitzuwirken.

Ihr Eberhard Vorbrodt

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

am Anfang eines neuen Jahres möchte ich Sie alle herzlich grüssen!

In dem vor uns liegenden Jahr wird unser kleiner Verein weiter versuchen, seinen Beitrag zu einem menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen in unserer Stadt zu leisten. Dazu gehört vor allem die Weiterführung der Beratungsarbeit in der Heilig-Kreuz-Kirche.

Mit grossen Anstrengungen ist es uns gelungen, die finanzielle Absicherung zumindest für die nächsten beiden Jahre zu erreichen. Dies wird allerdings nur dann Erfolg haben, wenn Sie alle, die die Arbeit bisher gefördert haben, sie auch in Zukunft unterstützen. Darum möchte ich Sie herzlich bitten. Ich verbinde diese Bitte mit einem Dank an alle unsere Spenderinnen und Spender.

Der Einsatz für Flüchtlinge ist in diesen Zeiten nicht mehr sehr populär. Der Sozialabbau findet unvermindert auch in der Flüchtlingsarbeit statt. Er trifft hier wie auch sonst die Schwächsten in der Gesellschaft. Zum 31. Dezember 2003 hat Pax Christi Berlin die Härtefallberatung im Afrikacenter eingestellt, und auch der Flughafensozialdienst am Flughafen Schönefeld wird geschlossen.

Fast schon vergessen ist über allem politischen Streit um Sozial- und Arbeitsmarktreformen in der Öffentlichkeit, dass sich Regierung und Opposition in einem Vermittlungsverfahren um ein neues Zuwanderungsgesetz bemühen. Angesichts einer Vielzahl von Wahlen in 2004 steht zu vermuten, dass keine der Seiten ein gesteigertes Interesse daran hat, hier zu schnellen und vor allem für die Betroffenen günstigen Ergebnissen zu kommen.

Die Erweiterung der EU in diesem Jahr hat zur Folge, dass die Armutsgrenze in Europa weiter nach Osten geschoben wird. Aber die Annahme, dass sich dadurch auch die illegale Einwanderung nach Osten verlagert, ist wohl eine Illusion. Es ist eher zu vermuten, dass es zu verstärkten Armutswanderungen innerhalb der EU kommt. Ballungsräume wie Berlin werden davon besonders betroffen sein. Das bedeutet, dass die Arbeit für Menschen ohne legalen Aufenthalt immer notwendiger und wichtiger wird. Asyl in der Kirche Berlin sieht darin einen Schwerpunkt der Arbeit in diesem Jahr.

Neben der unerlässlichen humanitären Hilfe geht es vor allem um politische Initiativen in Kirche und Gesellschaft. Vorrangig wollen wir uns mit anderen gemeinsam um ein neues Projekt für die Härtefallberatung in Berlin bemühen.

Desweiteren werden wir versuchen, mit einigen Kirchengemeinden das Projekt Gästewohnungen weiterzuentwickeln. Damit soll obdach- und statuslosen Flüchtlingen und Immigranten vorübergehend Unterkunft und Lebensunterhalt gewährt werden.

In Verbindung mit einer qualifizierten Sozial- und Rechtsberatung soll auf diese Weise versucht werden, eine Perspektive für die Betroffenen zu erarbeiten.

In Hamburg gibt es bereits eine ähnliche Initiative. Wir werden Sie darüber auf den nächsten Seiten informieren. Im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche könnte aus diesen Initiativen in den nächsten Jahren ein Netzwerk für Hilfe und Unterstützung von Menschen in der Illegalität wie das Kirchenasylnetzwerk entstehen.

Dies setzt jedoch eine verstärkte Lobbyarbeit vor allem in den Kirchen selbst voraus.

Es geht nicht nur darum, Kirchengemeinden für das Projekt Gästewohnungen zu gewinnen, sondern auch die kirchliche Öffentlichkeit, Kirchenleitungen und Synoden.

Erst wenn das gelungen ist, wird es möglich sein, andere gesellschaftliche Gruppen von der Notwendigkeit dieser Aufgabe zu überzeugen und politischen Druck zu erzeugen.

Die Einschätzung, dass soziale Kälte zum dominierenden Aggregatzustand unserer Gesellschaft wird, sollte uns in unseren Bemühungen nicht lähmen, sondern eher beflügeln.

Soweit, liebe Freundinnen, liebe Freunde, einige Gedanken zu den Aufgaben des neuen Jahres. Ich hoffe, dass Sie uns dabei die Treue halten.

Ihr J.Quandt



Gastfreundschaft statt Fremdenfeindlichkeit

Für uns als Christinnen und Christen ist die Nächstenliebe Grundlage unseres Glaubens.

Nächstenliebe schließt Gastfreundschaft ein, die in allen Ländern dieser Erde als ein hohes Kulturgut gilt. Darum möchten wir uns öffentlich zur Gastfreundschaft bekennen.

Im Oktober 2003 hat der *Nordelbische Arbeitskreis Asyl in der Kirche* beschlossen, die Kampagne **Gastfreundschaft statt Fremdenfeindlichkeit** ins Leben zu rufen. Deutlicher als bisher soll damit auf die bedrückende Realität vieler Flüchtlinge aufmerksam gemacht werden.

Aus Angst vor einer ungewissen und unsicheren Zukunft fliehen viele von diesen Menschen in ein Leben ohne Papiere. Schätzungen besagen, dass bundesweit etwa 1 Million Menschen ohne Papiere und somit ohne Aufenthaltsrecht unter uns leben und damit keine sozialen Rechte und keine Absicherung haben.

Der Umgang mit Menschen, die zu uns gekommen sind, weil ihnen ein Leben in ihrem Heimatland aufgrund der dort herrschenden prekären Situation nicht möglich ist, ist zunehmend von sozialer Kälte und Ausgrenzung geprägt. Das gilt selbst dann, wenn Flüchtlinge lange Jahre in Deutschland leben und sich hier, soweit es ihnen möglich ist, integriert haben.

Auf diese Menschen möchten wir aufmerksam machen.

Auch ein Aufenthalt von fünf, zehn oder zwölf Jahren und selbst die Anerkennung des Flüchtlingsstatus schützt nicht mehr vor einer Rückführung in das Heimatland. Wir unterstützen darum die Bleiberechtsforderungen von Pro Asyl (www.proasyl.de) für langjährig in der Bundesrepublik geduldete Menschen.

Es ist nicht auszuschließen, dass viele dieser Menschen versuchen werden, ohne Papiere in Deutschland weiterzuleben – ohne soziale Rechte und ohne Absicherung. Perspektivlos und hoffnungslos bedürfen sie unserer besonderen Teilnahme und verlässlichen humanitären Hilfe.

Wir haben keine Lösungen für die weltweiten Flüchtlingsströme, keine Lösungen für die Frage der kollabierenden Sozialsysteme. Aber wir wissen, dass es für unsere Würde wichtig ist, die Würde der Anderen zu wahren.

Wir möchten dies mit einfachen Mitteln tun und haben darum das Symbol der lila Doppel-Schleife gewählt, die an der Kleidung, an Zäunen oder Haustüren angebracht werden kann.

Mit dem Tragen der **lila Schleife** geben wir uns zu erkennen.



Wir setzen uns ein ...

- für** Menschenrechte,
die unteilbar sind und für jeden Menschen gelten, unabhängig davon, ob jemand zeitlich begrenzt, dauerhaft oder ohne Papiere in Deutschland lebt.
- für** eine Politik,
die Fremde achtet
- für** eine Gesellschaft,
die Menschlichkeit über Gesetze und Verordnungen stellt
- für** ein Bleiberecht von Menschen,
die schon viele Jahre in Deutschland leben
- für** die Rechte von Menschen,
die ohne Papiere leben

Dazu ist es notwendig, dass wir mit dem Tragen der **lila Schleife** Diskussionen anregen und persönlich deutlich machen ...

- Ich** nehme das Thema ernst
- Ich** höre zu und frage nach, bevor ich ein Urteil fälle
- Ich** ergreife Position
- Ich** bin ansprechbar für Gäste
- Ich** stelle Kontakte zur Verfügung
- Ich** setze mich dafür ein, dass Fremde nicht diskriminiert werden



**Gastfreundlich zu sein, vergesst nicht,
denn damit haben einige Engel beherbergt.**
Hebräer 13,2

Fremde unter uns: Kirchenasyl - Schutz und Hilfe

Jürgen Quandt am 2. November 2003 in Seelow

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für die Einladung zum heutigen Abend.

Ich bin Gemeindepfarrer in Berlin-Kreuzberg und gehöre jeweils dem Vorstand von Asyl in der Kirche Berlin und der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche an.

Ich habe Ihre Einladung dahingehend verstanden, dass ich in Verbindung mit der Vorstellung des Buches von Martin Schäuble „Asyl im Namen des Vaters“ einige theologischen Erwägungen bzw. Thesen zum Kirchenasyl vortragen soll. Ich habe mich gerne darauf eingelassen, inzwischen aber feststellen müssen, dass der heutige Abend durchaus nicht unumstritten ist wegen der andauernden ungeklärten Situation der Familie Nguyen.

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, hier eine Würdigung und Wertung des Buches von Herrn Schäuble vorzunehmen, obwohl ich es mit großem Interesse gelesen habe und auch nicht den aktuellen Stand der Bemühungen um ein Bleiberecht für Familie Nguyen zu kommentieren. Dazu bin ich zu weit weg von den bisherigen Ereignissen.

Aber, was ich mir zutraue und auch erlaube, heute Abend zum Ausdruck zu bringen, ist meine Hochachtung und meinen Respekt all' denen zu bezeugen, die sich nunmehr bereits seit Jahren aus christlicher Verantwortung und Achtung vor der Menschenwürde und aus demokratischer Überzeugung für eine Familie eingesetzt haben und einsetzen, der nach fast 13-jährigem Aufenthalt in Deutschland nicht mehr zugemutet werden kann und darf, in ein Land zurückkehren zu müssen, zu dem sie keine Beziehungen mehr haben und das ihre Kinder noch nie gesehen haben.

Meine Hochachtung und mein Respekt gilt auch der Familie Nguyen, die in beispielhafter Weise sich auch unter widrigsten Bedingungen um Integration in die hiesige Gesellschaft bemüht hat.

Die noch immer aktuelle Streitfrage, seit es vor 20 Jahren die ersten Kirchenasyle in Deutschland gegeben hat, ist, sollen und dürfen sich Christen in dieser Weise für hilfe- und schutzsuchende Flüchtlinge einsetzen? Sie ist, wie wir heute wissen, nicht mit ja oder nein zu beantworten. Was den einen unaufgebbarer Ausdruck ihres Glaubens und ihrer Gewissensfreiheit ist, ist den anderen Gesetzesübertretung und Frevel am Rechtsstaat.

Das Kirchenasyl ist in 20 Jahren zu einem gesellschaftspolitischen Konfliktfeld ersten Ranges geworden. Man muß vielleicht nicht gleich so weit gehen wie Martin Schäuble, der glaubt, hier einen Machtkampf zwischen Kirche und Staat auf die Spur gekommen zu sein.

Die Sache hat auch dann noch genug Brisanz, wenn man sie als eine Auseinandersetzung um die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats und die Rolle der Christen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft begreift.

Was sind die Grundlagen des Rechtsstaats?

Die einen sagen: Mehrheitsentscheidungen müssen auch von Minderheiten respektiert werden.

Es gibt keine rechtsfreien Räume.

Es gilt die Unantastbarkeit des Legalitätsprinzips. Unanfechtbare Gerichtsentscheidungen müssen ausnahmslos durchgesetzt werden.

Die anderen argumentieren:

Auch Mehrheitsentscheidungen können falsch sein. Auch im rechtsstaatlichen Verfahren sind Fehler und Irrtümer nicht ausgeschlossen.

In bestimmten Fällen stehen unterschiedliche Rechtsgüter zur Abwägung: hier die Durchsetzung des Legalitätsprinzips, dort die Achtung der Menschenwürde. Das höhere Rechtsgut muß dann Vorrang haben.

Umstritten ist dabei vor allem die Frage, ob der Sachverhalt, um den es hier geht, eine Gewissensfrage ist und darum die Rechtsordnung selbst noch zu schützen hat, was ihr scheinbar kritisch gegenüber tritt.

Kann und muß der Rechtsstaat um seiner selbst willen in bestimmten Fällen Regelverletzungen hinnehmen, weil sonst die Rechtsordnung mehr Schaden nähme?

Was wiegt schwerer: eine das Leben gefährdende, die leibliche und seelische Unversehrtheit von Menschen beschädigende Abschiebung oder ein vorübergehender Verstoß gegen eine gesetzliche Bestimmung zur Regelung des Aufenthaltsrechts?

Heißt Rechtsstaatlichkeit in jedem einzelnen Fall Durchsetzung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs auch um den Preis individuellen Unrechts und Unglücks?

Das Kirchenasyl hat hier, wie vorher schon andere gesellschaftspolitische Konfliktthemen, etwa die Frage der atomaren Aufrüstung wie überhaupt die Nutzung der Atomenergie, grundsätzliche Fragestellungen zur Rechtskultur in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen.

Was die Auseinandersetzung zwischen den Kirchen einerseits und staatlichen Repräsentanten andererseits anbetrifft ist festzuhalten, dass die kontroverse Diskussion innerhalb der Kirchen, sowohl der evangelischen wie der katholischen, zu einer Klärung geführt hat.

Es ist klargestellt worden, dass Christen in der Gesellschaft keine anderen Rechte für sich beanspruchen können als alle anderen Mitglieder der Gesellschaft auch. Zugleich aber ist auch klargestellt worden, dass das Handeln aus christlicher Verantwortung in der Gesellschaft für den einzelnen Christen und für die ganze Kirche seine Grenze nicht an den Gesetzen des Staates finden kann und darf.

Wo es aus christlicher Überzeugung geboten ist, Menschen Beistand in einer Notsituation zu gewähren, muß ein verantwortlich handelnder Christ notfalls auch den staatlichen Gesetzesvorbehalt hinterfragen und gegebenenfalls übertreten.

Allerdings geschieht das nicht in einem Akt der Willkür, sondern in einem verantwortungs-bewussten, innerkirchlich auf allen Ebenen abgestimmten Verfahren.

Als Christen berufen wir uns bei dieser Positionsbestimmung auf die jüdisch-christliche Tradition, in der der Schutz der Fremden vor willkürlicher Verfolgung einen hohen ethischen Wert hat und ein zentrales göttliches Gebot darstellt. Als Evangelische Kirche knüpfen wir an die jüngere kirchengeschichtliche und theologische Tradition der Bekennenden Kirche und Dietrich Bonhoeffers an.

In der Bekennenden Kirche hat es vielfach, allerdings unter gänzlich anderen Voraussetzungen, Aufnahme und Verstecken von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegeben.

In der Barmer Erklärung hat sich die Evangelische Kirche zum Gewaltmonopol des Staates bekannt, aber den Staat zugleich an seine Pflicht erinnert, für Recht und Frieden zu sorgen und auch deutlich gemacht, dass der Staat sich nicht anmaßen darf, die Bestimmung der Kirche erfüllen zu wollen.

Diese Positionsbestimmung hat bis heute Gültigkeit.

Aus den letzten theologischen Erwägungen Dietrich Bonhoeffers stammt das Konzept der Kirche für andere: „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist.“

Kirche ist nur Kirche als diakonische Kirche, die sich vorbehaltlos der Schwächsten in der Gesellschaft annimmt. Zu dieser Kirche gehört ein Gottesbild, das sich an der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus orientiert und aus der eigenen Ohnmacht in der Welt und der Sympathie für die Leidenden in der Welt Kraft gewinnt.

Soweit christliches Handeln in der Flüchtlingsarbeit, auch bei der Gewährung von Kirchenasyl, diesem Kirchenbild verpflichtet ist, ist es christlich geboten und legitim.

Konflikte, die sich daraus mit staatlichen Autoritäten ergeben, sollten in der Freiheit eines Christenmenschen ausgehalten und soweit als möglich partnerschaftlich mit dem jeweiligen gegenüber ausgetragen werden.

Lassen Sie mich abschließend noch auf ein aktuelles Problem hinweisen, das nach meiner Überzeugung sowohl quantitativ wie auch vom möglichen Konfliktpotential her in Zukunft in größerem Maße als das Kirchenasyl unser Engagement als Christen und als Kirche erfordert.

Ich meine das Problem der „Illegalität“.

Die Tatsache, dass mehrere hunderttausend Menschen derzeit in diesem Land ohne Papiere, ohne Rechtsschutz, ohne Lobby, ohne jegliche Legalisierungsperspektive leben, für die sich bisher niemand zuständig fühlt.

Wie sieht es mit unserer christlichen Verantwortung und christlichen Beistandspflicht für diese Menschen aus von denen nur der geringste Teil je eine Aussicht auf die vage Erfolgschance eines Kirchenasyls hätte?

Ich will damit nichts von dem relativieren, was hier in aufopferungsvoller Weise geleistet worden ist, aber doch Ihren Blick auf ein Problem lenken, das uns wohl in Zukunft verstärkt beschäftigen muß.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse

PRESSEMITTEILUNG

Härtefallberatung von PAX CHRISTI schließt zum 31.12.2003

Nach mehr als 17jähriger Tätigkeit muß die Härtefallberatung von PAX CHRISTI Ende des Jahres eingestellt werden – eine Entscheidung, die uns nicht leicht gefallen ist. Schließlich haben wir die ehrenamtliche Tätigkeit gerne getan und waren dabei recht erfolgreich.

Etwa 1.500 Ausländer, meistens Menschen ohne Papiere, sogenannte Illegale, erhielten nach Anmeldung und Beratung bei der Härtefallkommission des Innensenats eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen. Für mehrere hundert Menschen konnten wir eine freiwillige Rückkehr oder Weiterwanderung organisieren und so eine zwangsweise Abschiebung verhindern.

1990 wurde auf Initiative der SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine sogenannte „Härtefallkommission“ beim Innensenat eingerichtet.

Die Arbeit der Härtefallberatung von PAX CHRISTI

Von 1990 bis heute haben wir etwa 15.000 Menschen in Fragen des Aufenthalts beraten und je nach Lage den „Fall“ bei der Härtefallkommission beim Innensenat angemeldet. Bei den wöchentlichen Gesprächsterminen im Afrika Center suchten jeweils etwa 20 bis 25 Ausländer Rat: Menschen aus aller Welt, angefangen von Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, über Bangladesch, Bosnien, Indien, Iran, Jemen, VR China, Kambodscha, Türkei und dem Sudan. Hilfe wurde erbeten vom Neugeborenen bis zur 87-Jährigen, vom Analphabeten bis zur Hochschulprofessorin, von Mehrfachstraftätern bis zu menschlichen Engeln. Gemeinsam war allen, dass sie in Deutschland unerwünscht waren.

Traudl Vorbrodtt, Leiterin des Teams, war von Anfang an mit dabei und hat bis heute mit einem wechselnden Stamm von Mitarbeitern Ausländer in Fragen des Aufenthalts beraten. Auch Angelica Schaefer und die engagierte Anwältin Christine Thomas-Khaled haben die Arbeit jahrelang tatkräftig unterstützt.

Die Arbeit der Härtefallkommission beim Innensenat

Die Arbeit der Härtefallkommission ist weder spektakulär, noch politisch brisant. Auch eröffnet sie keinen neuen Rechtsweg für die Antragsteller. Sie besteht im wesentlichen darin, die Gründe für das Aufenthaltsbegehren überzeugend darzustellen und die Behörde zu ermutigen, von den vorhandenen Ermessensspiel-räumen Gebrauch zu machen. Dazu gehört die intensive Vorbereitung und Würdigung eines jeden Einzelfalles, der Sachverstand, die Dialog- und Konfliktbereitschaft der Mitglieder. Die Antragsteller können darauf vertrauen, dass nicht „nach Aktenlage“ entschieden wird. Nur humanitäre Gründe können eine Anmeldung begründen. Die Kommission hat lediglich beratende Funktion und kann keine verpflichtenden Entscheidungen treffen. In aller Regel folgt allerdings die Ausländerbehörde den Empfehlungen der Härtefallkommission, wenn auch nicht immer problemlos.

Das Interview:

„Die Behörden werden mehr Ruhe haben, aber leiden werden die betroffenen Menschen“

Nach 17 Jahren Härtefallberatung von Pax Christi in Berlin hat das Projekt Ende 2003 seine Tätigkeit eingestellt. Über den Beginn der Beratung und ihren Verlauf, über Erfolge und Mißerfolge sprach Ali Al-Nasani mit Traudl Vorbrodt:

Was waren damals, vor 17 Jahren, die Gründe für die Einrichtung einer Härtefallberatung? Gab es so etwas wie ein ausschlaggebendes Moment?

Ja, das gab es. In den 80er Jahren wuchs in Berlin die Zahl der Menschen ohne Papiere, manche nannten sie „heimliche Leute“ oder „Illegale“. Für diese Menschen gab es keine Beratungsstelle, geschweige denn die Möglichkeit, aufzutauchen und zu einem Aufenthaltsstatus zu kommen. Da die offiziellen Beratungsgestellen für diese Klientel keine Beratungsmöglichkeiten hatten, haben wir von Pax Christi beschlossen, eine Anlaufstelle zu schaffen. Unser Arbeitsschwerpunkt war immer die Beratung von Menschen ohne Papieren oder von Menschen, die in Kürze ohne Papiere sein werden. Diese Anfänge lagen übrigens parallel zum Aufleben der Kirchenasylbewegung, und wir haben praktisch dem Kirchenasyl eine Beratungsmöglichkeit vorgeschaltet. Gleichzeitig haben wir dafür gekämpft, dass auf seiten der Innenbehörde eine Instanz geschaffen wurde, was dann 1990 mit der Einrichtung der Härtefallkommission auch geschehen ist. Auch danach blieb unsere Arbeit notwendig, denn man kann der Härtefallkommission nicht einfach eine Akte auf den Tisch knallen mit der Forderung, den Menschen hier zu behalten. Vielmehr ging es darum, das Ausländeramt zu ermutigen, ihren Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen auszuschöpfen. Wir haben nie gegen das System gearbeitet, sondern immer in Zusammenarbeit mit dem Behörden, was uns von vielen anderen Gruppen angekreidet wurde.

Welche Erfahrungen hat man im Laufe der Jahre gemacht?

Die zentrale Erfahrung ist sicherlich, dass auch beim bestehenden Ausländerrecht noch relativ viel möglich ist, wenn seriös und qualifiziert recherchiert und vorgetragen wird. Auch nach Beendigung des Asylverfahrens gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die ausgeschöpft werden können. Im Laufe der Jahre konnten wir aus unserer Beratung heraus ungefähr 1500 Menschen zu einem Aufenthalt verhelfen. Natürlich kann man das relativieren, wenn man bedenkt, dass jährlich 3000 Menschen aus Berlin abgeschoben werden. Doch für die Leute, die bleiben durften, ist die Beratung ein Erfolg gewesen. Wir haben darüber hinaus bei einer viel größeren Anzahl von Menschen die Weiterwanderung oder die Reintegration im Herkunftsland begleitet. Da kommt uns auch das große Spektrum der Kirche entgegen, denn es gibt ja kaum ein Land, in dem die katholische Kirche nicht präsent ist oder in dem es keinen Orden gibt, der da eine Mission hat. Das ermöglicht zum Beispiel, dass Menschen bei ihrer Ankunft abgeholt werden konnten oder dass sie eine Zeitlang im Kloster wohnen konnten, bis sie sich wieder integriert hatten. Wir konnten auch über Klöster Geld zur Verfügung stellen, das tatsächlich bei den Menschen ankam und womit sie dann studieren oder einen kleinen Laden eröffnen konnten.

Welche Erfolge waren bei der Arbeit zu verzeichnen?

Jeder Fall, der anfangs hoffnungslos aussah, aber dann einen Aufenthalt erhielt, war ein Riesenerfolg. Wir hatten Frauen in Zwangsprostitution, Mädchen, denen Genitalverstümmelung drohte oder Familien mit Kindern, denen wir zu einem Aufenthalt verhelfen konnten. Es konnten auch einige schwerkranke oder alte Menschen hier in Würde sterben, anstatt zu Hause im Slum elend kaputt zu gehen. Auch das sehen wir als Erfolg an.

Was waren Tiefpunkte in all den Jahren?

Wenn nach langer Arbeit die Ausländerbehörde doch negativ entschieden hat, obwohl es eigentlich gut ausgesehen hatte in dem entsprechenden Fall, stellt man sich schon Fragen wie „Was hast du vergessen oder was hast du falsch gemacht?“. Wir haben auch immer gefordert, dass die Ausländerbehörde so eine Beratung einrichtet, Schulungen für diese Problematik macht oder sich Experten von aussen holt. Das ist nicht geschehen, und das ist schon frustrierend. Doch noch immer ist die Härtefallberatung für Menschen ohne Papiere in einem halblegalen Dunkelfeld angesiedelt. Wenn wir jetzt unsere Beratung einstellen müssen, haben die Behörden wesentlich mehr Ruhe. Aber leiden werden die betroffenen Menschen.

Wie war die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften?

Es gab natürlich Zusammenarbeit mit anderen Initiativen wie amnesty international, mit terre des femmes und der ganzen Kirchenasylbewegung. Wir haben auch andere Projekte wie die Bleiberechtskampagne unterstützt. Doch wir haben immer am Einzelfall gearbeitet und weniger an der großen Gesellschaft. Unsere Härtefallberatung wurde leider nie zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen, weder in der Kirche noch bei den Parteien. Bis zum Jahre 2001 wurden wir noch vom Bistum Berlin finanziell unterstützt, danach brach auch das weg. Alle Versuche, auch bei Parteien und Stiftungen, unsere Arbeit finanziell abzusichern, schlugen fehl.

In all den Jahren hat niemand nach uns gefragt oder unsere Beratungsstelle besucht. Nach einem Verkehrsunfall kommt der Psychologe. Doch wenn sich bei uns ein Klient nach langer Zusammenarbeit umbringt, weil eine negative Entscheidung gefallen ist, dann hat niemand danach gefragt.

War das auch der Grund dafür, die Arbeit einzustellen?

Der Hauptgrund war sicherlich, dass es keine Mitarbeiter mehr gibt. Ich habe 1986 alleine in meinen Privaträumen mit der Beratung angefangen, und jetzt bin ich wieder allein. Wir hatten nie eigene Räume, sondern haben die Akten immer von zu Hause ins Afrika-Centrum geschleppt, wo wir in einem Zimmer die Beratung gemacht haben. Unter den jetzigen Bedingung der Härtefallberatung gibt es niemanden mehr, der das machen möchte. Und allein ist die Arbeit nicht zu bewältigen. Und natürlich spielt auch eine Rolle, dass wir von keiner Seite mehr finanzielle Unterstützung kriegen. Ich persönlich werde weiterhin in der Härtefallkommission der Innenbehörde tätig sein, um den Stachel im Fleisch zu spielen. Und vielleicht gibt es ja in einem halben Jahr eine andere Gruppe, die sich überlegt, Härtefallberatung zu machen.

Pax Christi schließt die Härtefallberatung, die Migrationsbeauftragte des Bistums hat aufgehört, am Schönefelder Flughafen hat die Anlaufstelle für Flüchtlinge geschlossen - wie sieht die Zukunft für Menschen ohne Papiere in Berlin aus?

Das gesellschaftliche Klima wird immer schlechter. Man bekommt keine Lobby für Flüchtlinge, die eben nicht die Elite der AusländerInnen darstellen. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland wird vorgeschoben und alles wird nur noch unter finanziellen Erwägungen gesehen. Ich fürchte, dass dieses Problem massiver werden wird und sich auch gesellschaftlich niederschlägt.

Flughafensozialdienst aufgegeben

Ich erinnere mich: Flüchtlinge aus dem Libanon, Bangladesh, aus Pakistan.. und... und... suchten in Deutschland, so auch im damaligen Westberlin - Zuflucht. Viele kamen auf dem Luftweg. Nachdem 1986 vor allem die Anlandung von Tamilen auf dem DDR Flughafen Berlin-Schönefeld und deren ungehinderte Weiterfahrt nach Westberlin durch einen Deal zwischen der BRD und DDR nicht mehr möglich war, weil sich die DDR-Regierung gegenüber der Bundesregierung (gegen einen Kredit in Höhe vonMio DM?) verpflichtete, die Flüchtlinge ungehindert nach Westberlin weiterreisen zu lassen, wurde die Frage brisant:: Alle trotzdem in Schönefeld landenden Flüchtlinge zurückschicken? Oder sie dort oder woanders in der DDR unterbringen? In der DDR ein, den Normen des UNHCR entsprechendes Asylverfahren, gewährleisten? Aus welchen Gründen (?) auch immer waren das alles für die DDR unakzeptable Lösungen. Also ließ man sich auf ein Angebot der evangelischen- und katholischen Kirche in Berlin/Brandenburg ein, wenigstens einen Puffer im Flughafen einzurichten.

Beide Bischöfe gaben dazu ihren Segen und die kirchlichen Träger Caritas und Diakonisches Werk konnten den Flughafensozialdienst einrichten. Im Vordergrund stand die Unterbringung der Flüchtlinge, deren Betreuung und Beratung, die Verhinderung ihrer Rückschiebung, und ihre Weiterleitung nach Westberlin. Hier hatte der Sozialdienst jahrelang bemerkenswerte Erfolge und viele Flüchtlinge wurden gemäß der christlicher Maxime, sich anderen gegenüber so zu verhalten, wie man es sich selbst von den anderen wünscht, vor Schlimmem bewahrt. Dafür sei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank!

Ungeklärt bleibt aber weiterhin:

Wie hoch war der Kredit der Bundesregierung (F.J.Strauß!) für die DDR als Bedingung dafür, damals den Flughafen Schönefeld für Tamilen dicht zu machen?

Welche Erwägungen waren für die Träger des Flughafensozialdienstes bei dessen Umwidmung in einen Dienst maßgebend, der sich – wenn überhaupt – fast nur noch als moralisches Feigenblatt um Flüchtlinge kümmerte und dafür die im folgenden TAGESSPIEGEL Artikel beschriebenen Aufgaben erfüllen mußte. Waren es nur finanzielle oder vor allem asylopolitische Gründe?

Eberhard Vorbrodt

Die Kopfnuss: Asylbetrug? Mundraub? Überlebenschance?

Am 15. Mai 2003 erhielt Hanna die **Aufenthaltsgestattung zur Durchführung des Asylverfahrens**
Damit waren Auflagen verbunden: *Familiennachzug nicht gestattet. Selbständige Arbeit nicht gestattet.
Aufnahme eines Studiums oder einer Berufsausbildung nicht gestattet.
Arbeitserlaubnis nur dann, wenn sie vom Arbeitsamt erteilt wird.....*

Alles wie gehabt und üblich. Auch leicht zu erfüllen, denn

**Hanna war zu diesem
Zeitpunkt erst 10 Monate alt**

Ihre passlose äthiopische Mutter, vor 6 Jahren als 15-jährige allein nach Berlin gekommen, hat eine **Duldung**.
Mehrere Vorsprachen in der äthiopischen Botschaft zwecks Passbeschaffung blieben erfolglos. Deshalb wurde nach der Geburt Hanna's auch keine Geburtsurkunde ausgestellt.

**Kein Pass der Mutter –
keine Geburtsurkunde
für das Kind**

Hanna hat auch einen äthiopischen Vater.
Er hat eine *Aufenthaltsberechtigung*.
Er wollte die Vaterschaft anerkennen.

**Identität der Mutter für
deutsche Behörden unklar –
Vaterschaftsanerkennung
nicht möglich**

Das gemeinsame
Sorgerecht wurde
ebenfalls verweigert.

Wie soll nun eine junge Mutter ihr Kind ernähren – kleiden – pflegen – medizinisch versorgen lassen, wenn dies für Behörden gar nicht existiert und ihm kein sozialhilfliches Korsett angepasst werden kann?
In dem ein Asylantrag gestellt wird, dessen negativer Ausgang für jeden von vornherein klar ist?

"Name. Hier. Sohn da unterschreiben"

Im Ausländeramt an der Nöldnerstraße hängen Netze, damit sich niemand hinunterstürzt. Besucher werden hinter Schloss und Riegel abgefertigt. Dolmetscher fehlen. Der Flüchtlingsrat verlangt Verbesserungen. Die soll es geben, aber nur dort, wo genehme EU-Ausländer Anträge stellen müssen

VON JOHANNES GERNERT

Die Netze verzerren das Bild. Sonst sieht alles wie in einer gewöhnlichen Behörde aus. Die beigen Wände mögen ein bisschen dreckiger sein. Länger schon nicht mehr gestrichen. Aus manchen gepolsterten Türen mit zerrissenem Lederüberzug quillt auch der Schaumstoff. Aber die Tafeln, an denen wechselnde Warte-nummern unbeweglichen Raumnummern gegenüberstehen, die Wartezimmer, die Wegweiser, die langen Gänge, die braunen Plastikstühle.

Und die Aktenträger, die still durch die Flure gleiten, so wenig auffällig wie Schornsteinfeger im Kohlekeller. Alles Lebenszeichen einer normalen Verwaltung. Wenn nur die Netze nicht wären.

Sie sind im Treppenhaus aufgespannt, im ersten Stock und im zweiten. Sie sind mit sechs Stahlschrauben an der Wand befestigt.

Sie sehen aus als könne man mit ihnen im Meer Fische fangen, sie in Fußballtore hängen.

Grüne Netze aus starken Seilen. Wenn einer aus dem dritten Stock auf diese Netze hinuntersieht, weiß er, dass er erst gar nicht springen braucht.

"Es hatten schon Leute die Absicht, sich da herunterfallen zu lassen", sagt Claudia Langeheine, die stellvertretende Leiterin der Ausländerbehörde. Das ist das eine Extrem. In der alten Dienststelle in Hohenschönhausen fanden auch Übergriffe auf Mitarbeiter statt, die "massive Verunsicherung nach sich zogen". Deshalb habe man in der Nöldner Straße in Lichtenberg, wo Duldungen und Aufenthaltsgenehmigungen heute ausgestellt werden - oder abgelehnt - eine andere "Bediensituation" eingeführt.

Die Angestellten arbeiten hinter Schloss und Riegel. Hinter Stahltür und Glasscheibe. Im zweiten Stock etwa. Da klebt am Eingang zu einem Dienstzimmer ein Schild, das sehr unmissverständlich den Zutritt verwehrt. Das Schild ist rot umrandet.

Es sieht aus wie all die anderen Schilder in den Gängen, die auf das absolute Rauchverbot hinweisen.

Ein Mensch ist darauf zu sehen, der dem Betrachter seine Handinnenfläche abwehrend entgegenstreckt. Eine große schwarze Hand. Wenn Flüchtlinge und Asylbewerber auch sonst wenig verstehen mögen, von dem, was die Sachbearbeiter hinter den Stahltüren ihnen mitteilen. Die Handabwehr sitzt.

"Natürlich ist die Politik darauf ausgerichtet, die Leute loszuwerden", sagt die Sozialarbeiterin im Warteraum 230. Sie meint die große Politik. Aber auch in der Nöldner Straße 34-36 wird effektiv der Eindruck vermieden, man solle sich hier wohl fühlen. Die Sozialarbeiterin begleitet eine Frau aus dem ehemaligen Jugoslawien.

"Eigentlich", sagt sie, "müsste man die Menschen schon an der Pforte in ihrer Landessprache begrüßen."

Sie weiß, dass das utopisch ist. Man begrüßt sie gar nicht. Und man spricht deutsch, die Amtssprache. Oder Bundeswehrdeutsch für Ausländer: "Name. Hier. Sohn da unterschreiben." Dolmetscher gibt es keine. "Erklären Sie dann mal, was die Aussetzung einer Abschiebung ist", sagt die Sozialarbeiterin.

Irgendwann verschwindet sie mit ihrer Klientin in einer Kabine, die den Schalter 11 oder 12 abschirmt. Die kleinen abgegrenzten Räume könnten auch im Schwimmbad stehen, zum Umziehen. Es ist nicht gerade viel Platz im Innern. Wenn eine Abschiebung ansteht, eine Duldung abgelaufen ist, lassen sich die Türen verriegeln.

Die Kabäuschen schaffen nicht mehr als die Illusion von Privatsphäre. Die Dialoge dringen kaum gefiltert nach draußen. "Warum drohen Sie mir?", fragt ein Schwarzer, der bei einer Firma am Alexanderplatz arbeitet, kein Geld dabei hat, schon eine Weile in Deutschland lebt und gerade seine "größte Lohnabrechnung" vorzeigt. "Ich drohe nicht", antwortet der Schalterbeamte ruhig und nicht unfreundlich. Datenschutz ist etwas anderes.

Von draußen allerdings hört gar keiner zu, weil alle sehr intensiv mit Warten beschäftigt sind. Sie wedeln mit frisch geschossenen Passbildern, rollen die Zettel mit ihren Wartenummern, falten sie, starren darauf, als müssten sie die Zahlen auswendig lernen. Vergleichen mit den Nummern auf der Anzeige. Schlafen mit dem Kopf an der beschlagenen Fensterscheibe. Von der Decke hängen zerfetzte Vorhangreste.

Selbst wenn man ohne einen Funken Deutsch den grau verputzten Bau in Lichtenberg betritt, das Wort "Wartezimmer" kennt nach dem ersten Besuch jeder. Silbrig gerahmt hängt es über einem guten Dutzend Türen. Wie eine Botschaft. Wie etwas Religiöses. Dargeboten wie ein Geschenk.

Eine Frau in einer langen weißen Weste läuft wie ein Schlossgespenst über die Flure, als wäre sie hier zu Hause. Als ihre Nummer dran ist sagt die Schalterbeamtin: "So meine Dame, nur noch ein Monat." Eine Begrüßung wie ein Pferdekuss. "Ich dulde Sie nur noch einen Monat", wiederholt sie. Dann sagt sie: "Wenn Sie nicht ausreisen, dann schiebe ich Sie irgendwann ab. Einen Monat, ja, bis zum fünfzehnten." Womöglich ist das einfach eine sehr bizarre Form von Humor, die in dem Klima hinter den übergriffssicheren Stahltüren gedeiht. Vielleicht ist es wirklich nur ein Scherz. Am falschen Platz. Zur falschen Zeit.

Christine Schmitz sagt, dass "Leute mit dem Herzen am rechten Fleck da nicht arbeiten können". Schmitz begleitet Flüchtlinge in die Ausländerbehörde. "Viele denken, die Antragsteller sind abhängig von ihrer Gnade", stellt sie fest. In der vergangenen Woche hat sie mit der Leitung über die Zustände in der Ausländerbehörde gesprochen. Der Flüchtlingsrat Berlin hatte das Abfertigen an Schaltern, die langen Wartezeiten und das Fehlen von Dolmetschern kritisiert. Schmitz merkte, dass die Leute von der Behörde "offen waren für Diskussion". Jens-Uwe Thomas vom Flüchtlingsrat hat das ähnlich wahrgenommen. Vor allem die Situation am Friedrich-Krause-Ufer, dem Hauptsitz der Behörde, wolle die Senatsverwaltung für Inneres nun verbessern.

In der Nöldnerstraße dagegen seien wohl keine Veränderungen geplant. "Es entsteht schon der Eindruck, dass nur dort etwas gemacht wird, wo auch EU-Ausländer hingehen", findet Thomas. Nach Lichtenberg kommen Asylbewerber und Flüchtlinge von anderswoher. Auch "Ausreisepflichtige", wie die stellvertretende Behördenleiterin Langeheine sagt. Sie hat sich die Vorwürfe des Flüchtlingsrats angehört und will sie prüfen. Im Januar soll es wieder ein Gespräch geben. Am Friedrich-Krause-Ufer wird seit zwei Jahren eine neue Form der "Terminierung" getestet. Mit festen Zeiten statt Wartenummern. Ein sehr verlässliches System, findet Karsten Leibold. Er ist Anwalt und vertritt Flüchtlinge. Für die Nöldner Straße hat er sich eine eigene

Strategie ausgedacht. Die Klienten kommen um halb acht, wenn die Behörde aufmacht, und ziehen eine Wartenummer. Er kommt eine Stunde später. Wenn er Glück hat, geht es schnell. "Heute ist es gut gelaufen", sagt Leibold. Um zwanzig nach zehn hat er von drei "Fällen" zwei geschafft.

Manchmal wartet er vier Stunden. Aber wie das so sei in einer Haushaltsnotlage: "Am meisten wird dort gespart, wo man es sich leisten kann." In der Nöldner Straße herrscht beim Sparen kein falscher Geiz. Nicht alle warten so lange. Ein hagerer Mann kommt als Betreuer, erledigt Behördendinge für einen Flüchtling. Er steht vor der Tür mit der abweisenden Hand. Eine halbe Stunde. Dann ist für ihn alles fertig. Wenn er zwei Stunden warten müsste, sagt er, würde jeder Steuerzahler für diese zwei Stunden Wartezeit zahlen. Er tue hier seinen Job. Dann denkt er einen Augenblick nach, über das, was er da gerade gesagt hat. "Allgemein ist eine schnellere Abfertigung wichtig", fügt er hinzu.

Nach der eigenen drückt er sich an der Menschenmenge im Treppenhaus vorbei. Die Leute stehen lethargisch. Gelegentlich geht einer zum Rauchen an die frische Luft. Man kann die Nummern eigentlich nicht aus den Augen lassen, weil sie nach einem undurchschaubaren System wechseln. Nie nach der Reihe. Aber viele sind zu mehreren da, als Familie, wiegen Babys im Arm. Die Kinder müssen sie mitbringen. Zum Beweis. Auch die Frauen. "Sind sie verheiratet?", fragt es aus dem Schalter. "Dann zeigen sie mal." Es klingt wie "Führerschein und Fahrzeugpapiere bitte." Der Mann zerrt seine Frau in die Kabine. Ein Stockwerk höher ist es ruhig. Auf einem Pfeil in Neon-Orange steht "Vietnam". Darunter: "Abschiebung." Das Wartezimmer ist leer. Nach Vietnam möchte heute niemand abgeschoben werden.

Ein Polizeiplakat bittet um die Aufklärung eines Mords. Der Getränkeshändler Gerhard Kreiner wurde in 65439 Flörsheim-Weilbach umgebracht. Sein Foto ist mit Hörnern verziert. Jemand hat "Satanas" auf seine Stirn geschrieben. "Wenn Gott gibt nur ein Wunsch, ich wünsche keine Abschiebung", steht in Kritzelschrift ganz unten. Am anderen Ende des Gangs steht eine Stahltür offen. Die beiden Zellen im Innern sind leer.

taz Berlin lokal Nr. 7243 vom 27.12.2003,

"Asyl in der Kirche" e.V. Berlin.

Impressum:

Postanschrift:
Evangelische Kirchengemeinde
"Heilig Kreuz - Passion"
10961 Berlin (Kreuzberg) Zossener Str. 65

Verantwortlich für den Inhalt:
Jürgen Quandt, Eberhard Vorbrodt.

Das INFO erscheint in unregelmäßigen Abständen und wird an Mitglieder von "Asyl in der Kirche" kostenlos abgegeben.

Struktur des Vereins:

Vorstand

Vorsitzender:
Jürgen Quandt
Tel: (030) 814 92 595
Email: J.Quandt@Heiligkreuzpassion.de

Stellvertretung:
Ellen Wagner

Weitere Mitglieder:
Peter Becker
Jörg Passoth
Rosmarie Welten
Dieter Ziebarth

Vereinsbüro:

Eberhard Vorbrodt
Tel: (030) 695 98 525
Fax: (030) 6904 10 18
Email : asylinderkirche.bl@snafu.de

Termine

07.01.04 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Vorstandsitzung		
21.01.04 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Plenum		
24.01.04 Sonnabend	10:00 16:00	Jesus-Christus Kirche Dahlem
Klausurtagung		
03.02.04 Dienstag	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Theologisches Gespräch über kirchliches Engagement für Statuslose		
04.02.04 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Vorstandsitzung		
18.02.04 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Gespräch mit Gemeinden über das Projekt Gästewohnungen für Statuslose		
03.03.04 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Vorstandsitzung		
12.-13.03.04 Freitag - Sonnabend		Diakonische Akademie Deutschland
Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“		
17.03.03 Mittwoch	19:00	Heilig-Kreuz Kirche Kreuzberg
Mitgliederversammlung		

